

Die Streiks und der Euro

VON JOSEF JOFFE

Was wollen uns die Streiks sagen - in dieser Woche in Frankreich, am Monatsbeginn bei Daimler-Benz in Deutschland? Vorweg geht es um die Verteidigung sehr alter Besitzstände. Die französischen Journalisten, aber auch Models und Pfeifenschnitzer, krallen sich an Privilegien aus den 30er Jahren fest. Die Kollegen in Frankreich durften bislang 15 000 Mark von ihrem steuerpflichtigen Einkommen abziehen; mithin hat so die Gesamtheit deren Nettolöhne subventioniert. Bei den deutschen Metallern ging es um einen sanften Schnitt bei der Lohnfortzahlung; der volle Ausgleich ist die Frucht der Arbeitskämpfe von 1956, der schlimmsten in der Geschichte der Republik.

Am gestrigen Donnerstag lag wieder ein Hauch von Revolution in der Pariser Luft; Lehrer und Ärzte, Fluglotsen und Eisenbahner erinnerten den Rest der Nation an ihre Macht: So können wir das ganze Land lahmlegen. Doch die Nation applaudiert; 64 Prozent unterstützen die Streiks. Um die tiefere Botschaft zu entziffern, bedarf es keines Rechts wie des früheren Innenministers Pasqua. Der attackiert die Sparpolitik der eigenen Regierung mit dem demagogischen Hinweis auf Maastricht und Währungsunion; da werde die soziale Gerechtigkeit schnöde auf dem Altar Europa gemeuchelt.

Das traut sich in Deutschland noch niemand zu sagen - obwohl ein Biedenkopf in Dresden zumindest kokelt, wenn er die Brüsseler Eurokraten ob ihrer Subventions-Verweigerung für VW schilt. Machen wir uns nichts vor: Es muß gespart werden zwischen Madrid und Helsinki. Der ungeschriebene europäische Gesellschaftsvertrag - Wandel nur unter Entschädigungsvorbehalt - , mit dem linke und rechte Regierungen vierzig Jahre lang den sozialen Frieden erkaufte haben, läßt sich nicht mehr finanzieren. Ein Beispiel: Vor knapp 20 Jahren lagen die Staatsschulden in der EU bei 38 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, heute bei über 70 Prozent.

Die Regierenden wissen das, aber ebenso richtig ist, daß sie noch lange vor sich hingeschlampt hätten, wenn sie nicht unter der Knute der Währungsunion stünden, unter dem brutalen Zwang des Kalenders, in dem rot umrandet der Jahresbeginn 1999 steht. 'Besser so als gar nicht', mag eine Devise lauten; ohne Peitsche keine Disziplin. Die Fans des Euro dürfen sich auch darüber freuen, daß nun selbst alte Sünden wie Spanien und Italien in die Währungsunion drängen. Bloß: Wie will Sign. Prodi es bis 1999 schaffen, die Staatsschulden Maastricht-gemäß von 120 auf 60 Prozent des Inlandsprodukts zusammenzustreichen? 60 Milliarden Mark will er im nächsten Jahr einsparen - ein frommer Wunsch. Ja, wie will es selbst Deutschland schaffen, das in diesem Jahr

wohl die magische 60-Prozent-Grenze überschreiten, mithin auch nicht das Haushaltsdefizit auf unter drei Prozent drücken wird? Die Streiks in Deutschland und Frankreich sind die Flammenschrift an der Wand: Ihr dürft überall sparen, nur nicht bei uns, die wir wohlorganisiert und veto-fähig sind.

Jenseits aller Verschnörkelungen heißt Währungsunion: Alle Mitglieder müssen im gleichen Tempo in dieselbe Richtung fahren - dorthin, wo die 'Konvergenzkriterien' Schulden- und Inflationsverringerung diktieren. Tun sie es nicht, kann man zwar den Zug 1999 zusammenkoppeln, aber er wird außerhalb des Bahnhofs mit Sicherheit entgleisen. Bei einem Zug ist es logischerweise unmöglich, daß manche Waggons in diese, andere in jene Richtung fahren. Ankoppeln ist einfach, dabeibleiben ist schwer.

Die Freunde des Euro - Kohl, Chirac, Prodi - setzen auf die normative 'Kraft des Maastricht', aber jedem sind doch die Passagiere im eigenen Waggon näher als die europäische Lok. Und die Fahrgäste sind unruhig geworden - siehe die Signale des Aufruhrs in Frankreich und Deutschland - um so mehr, als die meisten EU-Länder mit zweistelligen Arbeitslosenraten kämpfen. Vernünftigerweise müßten die Kohls und Chiracs so manche heilige Kuh abmagern lassen, die Europa jahrzehntlang den sozialen Frieden bewahrt hat, heute aber für Arbeitslosigkeit und Konkurrenzunfähigkeit sorgt: hohe Lohnnebenkosten, Subventionen, Steuerprivilegien, geschützte Märkte. Sie wissen es, dürfen es aber nicht wagen. Eingeklemmt zwischen Maastricht und den nächsten Wahlen, greifen sie auf Tricks zurück, die weder dem Euro noch der Arbeitsbeschaffung viel Glück verheißen. Um die Startlinie von Maastricht zu erreichen, ohne ihre Wähler abzuhängen, werden Staatsausgaben nicht verringert, sondern 'kreativ' umgewälzt, werden Steuern hier gesenkt, dort aber erhöht, um das fehlende Geld wieder hereinzuholen (siehe Mehrwert- und Benzinsteuern). Den wirtschaftlichen Aufschwung, den Europa dringender braucht als alles andere, kann dies nicht beflügeln.

Noch einmal: Nicht Maastricht erzwingt die neue Disziplin, sondern die nicht mehr zu bezahlende Largesse des europäischen Wohlfahrtsstaates. Doch der immer näherrückende Termin der nächsten Stufe der Währungsunion hat die Möchtegern-Mitglieder in Torschlußpanik versetzt. Sie glauben, daß sie nur 100 Meter spurten müssen, um die Qualifikationskriterien zu erfüllen; tatsächlich erfordert die Währungsunion, wenn sie denn funktionieren soll, die Ausdauer des Langstreckenläufers. Dem Euro, der europäischen Sache, wird es wenig nützen, wenn die Läufer hinterher erschöpft zusammenbrechen oder wieder disziplinlos zu Bier und Zigaretten zurückkehren.